



## Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI



So lautet das Ergebnis des ersten vergleichenden Gerechtigkeitsindex für alle 28 EU-Staaten, veröffentlicht durch die Bertelsmann Stiftung vor wenigen Tagen. Mit dem neuen EU-Gerechtigkeitsindex untersucht die Stiftung anhand von 35 Kriterien sechs verschiedene Dimensionen der sozialen Gerechtigkeit: Armut, Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Generationengerechtigkeit sowie gesellschaftlichen Zusammenhalt und Nicht-Dis-

kriminierung. Demnach hat sich die soziale Schieflage zwischen den wohlhabenden Staaten Nordeuropas und zahlreichen südeuropäischen Ländern im Zuge der Krise deutlich verschärft. Während in Schweden, Finnland, Dänemark und den Niederlanden nach wie vor ein hohes Maß an sozialer Teilhabe verwirklicht ist, hat die soziale Ungerechtigkeit in Ländern wie Griechenland, Spanien, Italien oder Ungarn zugenommen. Vor allem in den

## Sozial gespaltenes Europa

*Europa macht leichte Fortschritte bei der wirtschaftlichen Stabilisierung, das Niveau an sozialer Gerechtigkeit aber hat in den letzten Jahren in den meisten EU-Staaten abgenommen.*

Krisenstaaten der EU ist es nicht gelungen, die teils massiven Einschnitte sozial gerecht aufzuteilen. Als besonders kritisch sehen die Analysten neben dem Nord-Süd-Gefälle auch ein wachsendes Ungleichgewicht zwischen den Generationen: Demnach sind jüngere Menschen tendenziell stärker von sozialer Ungerechtigkeit betroffen als ältere. Die wachsende soziale Kluft zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen den Generationen kann zu Spannungen und einem erheblichen Vertrauensverlust führen. Sollte die soziale Schieflage andauern oder sich weiter verstärken, gefährdet dies die Zukunft des europäischen Integrationsprojekts, warnen die Verantwortlichen. Eine grundlegende Erkenntnis der Vergleichsstudie für alle EU-Staaten ist, dass wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

zwar eine gute Basis, aber auch kein automatischer Garant für soziale Gerechtigkeit ist. Das Thema soziale Gerechtigkeit müsse daher künftig deutlich stärker ins Zentrum der europäischen Politik rücken, so die Experten. Die EU dürfe nicht nur als Hüter wirtschaftlicher Stabilität wahrgenommen werden. Sie solle künftig eine integrierte Strategie entwickeln, die neben der bisherigen Wachstumsperspektive auch erstmals eine wirksame Politik zur Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeit umfasst. Denn Investitionen in die Teilhabechancen sind nicht nur aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit sinnvoll. Sie sind auch für das Innovationspotential eines Landes unerlässlich. Im Ranking der sozialen Gerechtigkeit reiht sich Italien an die 23. Stelle, gleichauf mit Lettland.